

Dr. Ermyas Mulugeta

2. Vorsitzender des Beirates; 0151 721 044 53; emu-mat@t-online.de

21. April 2021

Sehr geehrte MitgliederInnen des Ausschusses für Soziales und Arbeitsförderung,

ich habe die Beschlussvorlage 2021/270 "Gemeinschaftsunterkunft Schmerwitz" vom 7.4.2021 sowie die von Herrn Dr. Blatt vorgelegte Stellungnahme zur Beschlussvorlage der Kreisverwaltung gelesen.

Vorab möchte ich Ihnen, werten MitgliederInnen, mitteilen, dass ich seit 2,5 Jahren Interviews mit den geflüchteten und migrierten Menschen sowie mit den im Bereich Flucht und Migration tätigen AkteurInnen führe. Die von mir wahrnehmbaren,

- ◆ psychischen Belastungen und Sorgen geflüchteter Menschen sowie deren
- ◆ Hindernisse, Restriktionen, Einschränkungen der Freiheit, Menschenrechte und Lebensperspektiven

veranlasst mich, die konkreten Gegebenheiten, Herausforderungen im Alltagsprozess der eingewanderten Menschen und deren Gründe herauszuarbeiten.

In der Sichtung der Interviews wird hervorgehoben, dass die Unterbringung von geflüchteten Menschen in den Sammelunterkünften bzw. –lagern unter menschenunwürdigen Zuständen eine der Kerngründe für die oben genannten Umstände ist.

Eine weitere Tatsache ist, nach Auffassung vermehrter Interviewten, die fehlende bis hin zur Nicht-Anerkennung der geflüchteten und migrierten Menschen als Teil der Gesellschaft durch die Entscheidungsträger*innen kommunaler, lokaler Angelegenheiten, verbunden mit anstehenden gesellschaftlichen Missständen, Chancenungleichheiten, Menschenrechtsverletzungen, rassistischen Äußerungen, Diskriminierungen bzw. Diffamierungen.

Meine Wahrnehmungen und Erfahrungen der letzten Jahre bestärkt mich in der Überzeugung, dass die Beschlussvorlage 2021/270 "Gemeinschaftsunterkunft Schmerwitz" den geflüchteten Menschen Signale des Ausgrenzt- bzw. Ausgesetzt-Seins sendet.

Im Sinne einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft wird die Zustimmung der Beschlussvorlage 2021/270 in der gegenwärtigen Form den Grundwerten Freiheit, Selbstbestimmtheit, Gerechtigkeit und Chancengleichheit und folglich der lokalen Demokratie im Landkreis nicht gerecht.

Werte MitgliederInnen, im Zusammenhang dieser Auseinandersetzung möchte ich Sie auf die Zusammenhänge erzwungener globaler Flucht mit dem Klimawandel,

unserem Lebensstil, der Ausbeutung der Naturressourcen der Erde und der immensen Umweltzerstörung sowie der regionalen Destabilisierung, verbunden u.a. dem Waffenexport, dem unnachhaltigen Wirtschaften etc. aufmerksam machen. Hierbei ist Deutschland — auch der Landkreis — maßgeblich historisch und politisch verantwortlich und schuldig an der Flucht, Vertreibung und dem Terror auf externer, globaler Ebene.

Zusammenfassend bitte ich Sie, werte MitgliederInnen bzw. werte Kreistagabgeordnete, sich dafür einzusetzen, mit dem Beschluss zur Unterbringung der geflüchteten Menschen verpflichtend und verantwortend zu handeln.

Lassen Sie uns Ihre Entscheidung zwischen den vorliegenden Alternativen als Einstieg in die konsequente Umsetzung der dezentralen Unterbringung der geflüchteten Menschen nutzen.

Daher bitte ich Sie der Beschlussvorlage 2021/270 in der gegenwärtigen Form nicht zuzustimmen.

Mit herzlichen Grüßen

Dr. Ermyas Mulugeta, Borkheide

<https://loewenherz-ityoppya.org>